

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/123

Bad Godesberg, den 3. Juli 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 1a	In dieser Woche	64

Es geht um die Neuordnung von Wirtschaft und Finanzen

2 - 3	"Aber als der Kanzler kam..."	63
-------	-------------------------------	----

Jubel um Kiesinger in Münchens Deutschem Museum

Kleine Nachlese vom CSU-Parteitag

Von Dr. Erhard Eckert, z.Z. München

4 - 6	Israels Sozialisten streben zur Einheit	140
-------	---	-----

Auswirkung der Nahost-Krise

Von unserem Korrespondenten in Israel, J. E. Palmon

\* \* \*

In dieser Woche

Es geht um die Neuordnung von Wirtschaft und Finanzen

sp - In dieser Woche werden sich das Bundeskabinett und die im Bundestag vertretenen Parteien mit der Liquidierung jener Erbschaft befassen, die uns frühere Bundesregierungen hinterlassen haben. Wie jeder weiß, geht es um die Gesundung der Staatsfinanzen, die Sicherung der Währung und die Überwindung der Schwierigkeiten in unserer Wirtschaft. Die Führungsgremien der Sozialdemokratischen Partei haben am vergangenen Wochenende erklärt, Regierung und Parlament stünden vor der wohl schwierigsten volkswirtschaftlichen Aufgabe seit Begründung der Bundesrepublik. Wer diese Feststellung in ihrer ganzen politischen Tragweite erfaßt, muß sich auch darüber klar sein, daß bei den von der Bundesregierung vorgesehenen Maßnahmen keines der zahlreichen finanz- und wirtschaftspolitischen Probleme als Tabu betrachtet werden darf.

Die Regierung der Großen Koalition kam im Dezember 1966 zustande, weil die bis dahin Regierenden aus CDU/CSU und FDP einsehen mußten, daß die von früheren Bundesregierungen hinterlassene Erbschaft ohne die Mitarbeit der bis dahin verfeindeten SPD nicht liquidiert werden kann. Auf der Grundlage von bereits in früheren Jahren seitens der SPD entwickelten Vorschläge ging man dann daran, neue Akzente für die Bewältigung der innen- und außenpolitischen Aufgaben zu setzen. Jeder Einsichtige wußte, daß jahrelange Versäumnisse nicht in wenigen Monaten und auch nicht mit nur einem Anlauf korrigiert werden können.

Das ist die Situation, vor der wir in dieser Woche stehen. Deshalb haben die Führungsgremien der SPD auch erklärt, daß notwendige Abstriche und Opfer nicht ausschließlich zu Lasten derjenigen Gruppen unserer Bevölkerung gehen dürfen, die bestimmt nicht zu den übermäßigen Nutznießern des wirtschaftlichen Wiederaufstiegs nach dem Zweiten Weltkrieg gehören. In der entsprechenden Entschlieung der SPD heißt es:

- \* "Parteirat, Parteivorstand und Kontrollkommission der SPD erwarten von Bundesregierung und Bundestagsmehrheit Entschluß-

- \* kraft. Sie gehen davon aus, daß Opfer in allen Bereichen der
- \* Gesellschaft und Wirtschaft unvermeidbar sind. Sie stellen je-
- \* doch den Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit und der Bela-
- \* stung nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit an die Spitze ihrer
- \* Überlegungen."

Es mag populär sein, Sparsamkeit zu predigen und ins Auge fallende Abstriche bei diesem oder jenem Haushaltsplan zu fordern. Sparsamkeit ist gewiß erforderlich, doch sollte man bedenken, daß ein öffentlicher Haushalt nicht unbedingt und immer dasselbe sein kann wie ein privates Portemonnaie. Das zeigt sich gerade jetzt bei den Bemühungen des Wirtschafts- und des Finanzministers, mit Hilfe der mittelfristigen Finanzplanung die öffentlichen Ausgaben so zu dosieren, daß nicht nur alte Arbeitsplätze erhalten bleiben, sondern auch neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Wenn irgendwo aus Gründen falsch verstandener Sparsamkeit der Hahn abgedreht wird, wirkt sich das unmittelbar auf die Arbeitslosenziffern und in der weiteren Perspektive auf die Kaufkraft breiter Massen aus. Verringerte Kaufkraft aber bedeutet Drosselung der Produktion - und dies wiederum führt automatisch zur Verlängerung der Rezession in der Wirtschaft.

Die Operation, die von der Bundesregierung in dieser Woche vorgenommen werden muß, kann also nur als eine Parallelaktion gelingen: Sie muß einerseits den Bundeshaushalt in Ordnung bringen, andererseits aber auch neue Impulse für die Wiederbelebung der Wirtschaft geben.

Wer Interesse daran hat, daß diese Operation nicht gelingt, wird weiterhin mit Tartarenmeldungen Unsicherheit verbreiten. Wer sich bewußt ist, daß wir vor der Aufgabe stehen, unser Haus, die Bundesrepublik Deutschland, wieder in Ordnung zu bringen, wird zunächst in aller Ruhe abwarten, welche konkreten Vorschläge die Bundesregierung hierfür zu machen hat. Es ist dann Aufgabe des Parlaments, diese Vorschläge zu prüfen und Entscheidungen vorzubereiten.

"Aber als der Kanzler kam..."

Jubel um Kiesinger in Münchens Deutschem Museum  
Kleine Nachlese vom CSU-Parteitag

sp - Zum Abschluß des Münchner CSU-Parteitages war objektiverweise festzustellen, daß Kurt Georg Kiesinger Franz Josef Strauß "die Schau gestohlen" hatte. Gewiß hatten die Delegierten der Christlich-Sozialen Union Bayerns ihren Landesvorsitzenden mit starkem Beifall empfangen. Sie hatten ihn auch mit einem bemerkenswerten Stimmenergebnis, nämlich 678 von 688 gültigen Karten, also mit 99,02 Prozent, für die nächsten zwei Jahre wiedergewählt. Aber als der Kanzler kam, waren die gestandenen Männer und die wenigen Frauen aus Ober- und Niederbayern, aus Schwaben und Franken gleichermaßen, ausnahmslos und total hingerissen. Kiesinger hatte die CSU-Gefolgschaft von der ersten Minute seiner Rede in der Hand. Der CSU-Parteitag, der nur eine knappe Stunde vorher die Betauerung der Eigenständigkeit und Souveränität der Bayern-Union gegenüber dem großen "norddeutschen" Bruder mit eifrigstem Händeklatschen stolz bestätigt hatte, schwenkte ohne Widerspruch und jubelnd in das Gefolgschaftslager des CDU-Vorsitzenden ein.

"Herkules" Franz Josef Strauß

Kiesinger konnte München auch mit dem Loyalitäts- und Treueschwur von Strauß verlassen. Der Bundesfinanzminister wirkte verhalten-stolz, als der Kanzler ihn als einen Herkules lobte, der das große Finanzwerk schon schaffen würde. Nur Außenstehende hatten noch die Strauß-Rede vom Vormittag mit ihrer ernstesten Warnung an CDU und CSU im Ohr, es genüge für sie nicht, eine Kanzlerpartei zu sein und sich auf eine Wahllokomotive zu verlassen.

Nun, nach Braunschweig und München wäre es eine Unterlassungssünde, wenn man nicht feststellen wollte, daß die Union wieder auf dem besten Wege zur Kanzlerpartei ist und daß sie in Kiesinger die Wahllokomotive sieht, die sie am Ende des "Zweckbündnisses auf Zeit", genannt Große Koalition, in die absolute Mehrheit führen soll. Kiesinger traf mitten ins Schwarze, als er den "bayerischen Zustand" als den anzustrebenden Idealzustand auch für den Bund hinstellte.

Schlechte Witze von Stücklen und Jäger

Der Kanzler machte allen freilich klar, daß die schweren Entscheidungen, z.B. die der Haushaltssanierung und der mittelfristigen Finanz-

planung, nur von der Großen Koalition getroffen werden könnten. Und die faux pas von Braunschweig wiederholten sich in München nicht. Strauß, der in der Welfenstadt mit seinen Anmerkungen zum Thema Große Koalition und SPD zu heftig angeeckt war, enthielt sich jedes einschlägigen Wortes. Des CSU-Landesgruppenvorsitzenden Stücklen schwacher Nachklatsch, daß sich die SPD in ihren politischen Vorstellungen der CDU/CSU soweit angenähert hätte, daß eine erfolgreiche Koalitionspolitik zu erwarten sei, war ebenso bedeutungslos wie des Bundestagsvizepräsidenten und Parteitagspräsidenten Dr. Richard Jäger spottmüßige Witzelei über "sozialistisch schillernde Tendenzen".

#### Der zornige Dr. Huber

Die CSU hielt Koalitionsdisziplin und rieb sich nicht an den Sozialdemokraten, jedenfalls nicht an denen im Bunde, denn im bayerischen Bereich war der Kultusminister Dr. Huber über die bayerische SPD des bösen Zornes voll. Deren Gemeinschaftsschul-Volksbegehren macht dem einstimmig wiedergewählten Strauß-Stellvertreter im Parteivorstand das Leben so schwer, daß er ihr ein Christisch-Volksbegehren entgegensetzen will.

Wie sehr die CSU im übrigen eine Landespartei ist, das bewies das für sie jedenfalls avantgardistische Unternehmen eines "Parteiforums", das, anstelle und statt einer Diskussion, die Delegierten fragen und die "Boase" antworten ließ. Die Probleme, die hier vorgebracht wurden, waren fast durchweg bayerischer Landesprovenienz.

#### "Sein oder Nichtsein"

Über allem schwebte im Münchner Deutschen Museum allerdings die Finanzmalaise von Bund, Ländern und Gemeinden. Des Finanzministers Wort von "Wohl und Wehe des Volkes" und des Kanzlers noch bedrückenderes Wort von "Sein oder Nichtsein" mußten die begeistertsten Klatscher unruhig machen. Man wird also sehen, ob der Jubel um die Akteure im Deutschen Museum anhält, wenn die sachliche Rechnung auf den Tisch gelegt wird. Dann wird man sich auch des neuen CSU-Generalsekretärs Streibl trutziger Charakterisierung der Christlich-Sozialen Union als einer echten Kampfgemeinschaft erinnern, in der der eine für den anderen steht, auf die der freigewählte Parteiführer sich verlassen kann.

## Israels Sozialisten streben zur Einheit

### Auswirkung der Nahost-Krise

Von unserem Korrespondenten in Israel, J. E. Falmon

Die außenpolitischen und militärischen Veränderungen im Mittleren Osten haben die Parteien Israels zur Überprüfung ihrer Haltung veranlaßt und einen mächtigen, bisher ungekannten Einheitswillen entstehen lassen. Die Bildung der nationalen Einheitsregierung, der Minister von der rechtsstehenden Chéruth bis zur linkssozialistischen Mapam angehören, wirkte beispielgebend - und die Einheitsstendenz macht sich besonders in der Arbeiterschaft und in den sozialistischen Parteien bemerkbar.

Bisher bestanden vier sozialistische Parteien in Israel, die führende Arbeiterpartei Mapai (Führer Ministerpräsident Eschkol), die von der Mapai unter Führung von Ben Gurion abgespaltene Rafi-Gruppe und zwei linkssozialistische Parteien Achduth Awodah (Einheit der Arbeit) und Mapam (Vereinigte Arbeiterpartei). Von beiden kann die Mapam als "linkere" bezeichnet werden, obwohl die Differenzen zwischen ihnen minimal sind. Die führende Arbeiterpartei Mapai und die Achduth Awodah bildeten schon 1965 eine Arbeitsgemeinschaft (hebräisch kurz "Maarach" genannt), und der Maarach spielt die entscheidende Rolle in der von Levi Eschkol geführten Koalitionsregierung.

Seit langem treten führende Mitglieder der Achduth Awodah, besonders der Arbeitsminister Alon, für den Übergang von der Arbeitsgemeinschaft zur kompletten Vereinigung beider Parteien ein. Längere Zeit stießen diese Parolen auf gewissen Widerstand in der Achduth Awodah, aber die letzten Ereignisse haben alle Bedenken hinweggeschwemmt. Verhandlungen über Vereinigung, die inzwischen begannen, machten schnelle Fortschritte, und wahrscheinlich wird in Kürze in feierlicher Weise die Vereinigung beider Parteien in Jerusalem vollzogen werden.

Auf Betreiben der Achduth Awodah wurden auch Vereinigungsverhandlungen mit der linkssozialistischen Partei Mapam aufgenommen. Die Chancen werden jedoch nicht so günstig beurteilt, da die Führer der Mapam gewisse revolutionär-sozialistische Thesen bei der Programm-Festlegung nicht aufgeben wollen, wenn sie in der Praxis auch in allem den Weg der Regierung mitmachen und in der Kritik der sowjetischen Haltung gegenüber Israel zuweilen schärfer auftraten als rechtsstehende Politiker.

Der Führer der Mapam, Meir Jaari, der sich im Laufe der Jahre zu einer vorsichtigen und gemäßigten Haltung durchgerungen hat (die auch den Eintritt seiner Partei in die Koalitionsregierung möglich machte), ist auf Verhandlungen mit der Mapai und Achduth Awodah eingegangen, aber hierbei werden sich Schwierigkeiten ergeben. Diese hängen nicht zuletzt mit der Stellung der vierten - am weitesten rechts stehenden - sozialistischen Gruppe Rafi zusammen,

mit der die Mapam nicht zusammengehen möchte. Die von Ben Gurion, dem ehemaligen Vizeverteidigungsminister Peres und dem jetzigen Verteidigungsminister General Dajan geführte Rafi-Partei hat der Mapai ebenfalls Vereinigungsverhandlungen vorgeschlagen. Obwohl es zwischen Ben Gurion und Eschkol immer noch scharfe persönliche Meinungsverschiedenheiten gibt, die sich zuweilen in radikalen Presseerklärungen Ben Gurions entladen, hat die erste gemeinsame Beratung Mapai - Rafi ergeben, daß die Basis für eine Vereinigung besteht. Beide Gruppen wollen die Verhandlungen fortsetzen - aber zu ihrem Erfolge wird die Lösung verschiedener persönlicher Probleme und die Überwindung der Gegensätze zwischen Ben Gurion und Eschkol notwendig sein. Die Mapam sieht, wie gesagt, die Einbeziehung der Rafi in eine vereinigte Partei nicht so gern, und möglicherweise wird die Mapai zwischen Rafi und Mapam zu wählen haben.

Aber das sind für den aufmerksamen Beobachter nur Momenterscheinungen, die Folge der in die neue Zeit hinübereitenden Vergangenheit sind. Die revolutionäre Entwicklung in Mittleren Osten hat trotz aller persönlichen Gegensätze alle bisherigen ideologischen Konzeptionen "unterspült", und die Tendenz Israels geht heute auf die Bildung einer allumfassenden Arbeiterpartei hin, nach dem Muster der britischen Labour-Party, in der gemeinsames Vorgehen und nicht gemeinsame Ideologie entscheidend sein sollen. Dem einzelnen Mitgliedern soll es überlassen bleiben, von welcher Seite her sie zu sozialistischen Auffassungen und zum Willen zur Schaffung einer neuen Gesellschaft kommen. Jeder soll nach seiner "sozialistischen Religion" selig werden können, die Tat als einander Faktor soll dagegen für die künftige Labour-Party in Vordergrund stehen.

Wie sehr die Ereignisse der letzten Zeit ideologische Exzesse erschüttert haben, zeigt das Beispiel der israelischen kommunistischen Partei (hebräisch abgekürzt "Maki" genannt). Diese Partei hat in der Zeit der Krise sich auf die Seite der großen Mehrheit im Staate geschlagen und hat den Verteidigungskrieg Israels gegen die arabischen Angriffsdrohungen gebilligt. Die Partei hat sich offen von der Haltung der Russen distanziert und hat das Auftreten der Sowjetunion in den Vereinten Nationen entschieden abgelehnt. Die sowjetische kommunistische Presse erwähnt natürlich mit keinem Wort das Verhalten der israelischen Kommunisten.

Zur russischen Haltung - und sogar zu Peking - verhielt sich nur noch die Gruppe der "Neuen Kommunisten" (drei Abgeordnete, meistens arabische Parteimitglieder), die die einzige Opposition im israelischen Parlament darstellt. Angesichts der Haltung der Maki wurde auch deren Einbeziehung in die künftige allgemeine Arbeiterpartei empfohlen, aber hier dürften die prinzipiellen Unterschiede doch zu groß sein, wenn auch die Maki in der Krisenzeit immer im Parlament mit der Regierung stimmte.

Die Führer der Arbeiterparteien und der Gewerkschaft (Histadruth) bemühten sich in den Krisenwochen, möglichst viel

Organisationen des Arbeiterlagers in der Welt für den israelischen Standpunkt zu gewinnen. Eine Reihe von Histadruth-Delegationen besuchte europäische und asiatische Länder (zu ihnen gehörte auch die von Zeew Hering geführte Delegation, die nach Deutschland kam und die eine Delegation des DGB nach Israel einlud). Der Generalsekretär der Histadruth, Aharon Becker, fuhr eigens zur Konferenz der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) nach Genf, was vorher nicht geplant war. Dort nahm er mit den Vertretern des Internationalen Bundes freier Gewerkschaften (IBFG) und den christlichen Gewerkschaften Fühlung. Beide Richtungen bekundeten ihre Sympathie für Israel, wobei die christlichen Vertreter sich besonders für die Stellung Jerusalems und für die Sicherung der Religionsfreiheit in der heiligen Stadt interessierten.

Besonders wichtig war die Zusammenkunft von Becker mit dem Führer des kommunistischen Gewerkschaftsbundes (WGB), Louis Saillant. Diesen verbinden alte Erinnerungen mit Israel, da die Histadruth in den ersten Nachkriegsjahren dem WGB angehört hatte und später zum IBFG übergegangen war. Louis Saillant machte Becker Vorwürfe, weil die Histadruth auf ein Telegramm des WGB nicht geantwortet hatte, in dem die Organisation von der Histadruth verlangt hatte, sie solle das Ihrige dazu beitragen, "um der Aggression" ein Ende zu machen und sie solle für Rückzug der israelischen Truppen eintreten.

Becker fragte zurück, ob der WGB jemals ein derartiges Telegramm an Gewerkschaften in den arabischen Ländern gerichtet habe, als diese Israel mit Vernichtung bedrohten und Terrorangriffe an Israels Grenzen unterstützten. Er warf dem WGB eine einseitige und völlig parteiische Haltung vor.

Die Antwort Beckers scheint auf Saillant und seine Kollegen gewisser Eindruck gemacht zu haben, denn er teilte Becker mit, der WGB werde - sobald wie möglich ist - Delegationen nach Ägypten, nach Syrien und nach Israel entsenden, die sich an Ort und Stelle ein Bild machen sollen. Becker begrüßte diese Ankündigung aufs wärmste und versicherte, daß die Histadruth alles tun werde, um der WGB-Delegation während ihres Besuches in Israel zu helfen.

Das Verhalten Saillants ist offensichtlich die Folge der Gärung in verschiedenen kommunistischen Parteien Westeuropas, die die einseitige israel-feindliche Haltung der Sowjetunion und des Ostblocks nicht ohne weiteres mitmachen wollen. In verschiedenen kommunistischen Parteien (besonders in Österreich, Frankreich und Italien) hatte es um dieses Thema scharfe Auseinandersetzungen gegeben. In Israel sieht man jedenfalls der geplanten WGB-Delegation mit großer Spannung entgegen, und man hofft, daß dieser Kontakt auf der Ebene der Arbeiterbewegung etwas zur Auflockerung der verhärteten Fronten beitragen kann.